

Zur substantziellen Bedeutung kleiner (regionaler) Unterschiede: Anmerkungen zum "Glücksatlas 2012"

Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noll, H.-H., & Weick, S. (2013). Zur substantziellen Bedeutung kleiner (regionaler) Unterschiede: Anmerkungen zum "Glücksatlas 2012". *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 49, 5-7. <https://doi.org/10.15464/isi.49.2013.5-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

eine wichtige Einkommensquelle darstellt. Im Gegensatz zu den BezieherInnen einer Altersrente der GRV stellt sie jedoch allenfalls für alleinlebende EM-RentnerInnen den zentralen Einkommensbestandteil dar. Neben der EM-Rente beziehen einige Betroffene andere Einkünfte; ein erheblicher Anteil ist aber auf Einkünfte anderer Haushaltsmitglieder oder auf staatliche Leistungen angewiesen.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung erreichen EM-RentnerInnen ein deutlich niedrigeres Einkommensniveau. Die Einkommen sind allerdings nicht ungleicher verteilt als in der Gesamtbevölkerung. Des Weiteren sind Erwerbsgeminderte in erheblichem Umfang armutsgefährdet, was nicht nur die erwerbsgeminderten Personen selbst, sondern auch ihre Haushaltsmitglieder betrifft. Es wurde deutlich, dass Alleinlebende und Personen, die mit erwerbsgeminderten Männern zusammenleben, in besonderem Maße von Armut bedroht sind. Da sich in vielen Fällen an dieser Situation mittel- und langfristig nicht viel verändern wird, dürfte sich eine durch Erwerbsminderung bedingte Armutsgefährdung bis ins Alter fortsetzen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in seinem sogenannten Rentenpaket, dem Entwurf zu einem Alterssicherungsstärkungsgesetz im August 2012, auch Maßnahmen zur Verbesserung im Bereich der EM-Rente vorgelegt: Zum einen sollen die Zurechnungszeiten schrittweise um zwei Jahre verlängert werden. Zum anderen soll der möglicherweise gesundheitsbedingte Lohnrückgang in den letzten Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung durch eine geänderte Berücksichtigung dieser Jahre bei der Bewertung der Zurechnungszeiten kompensiert werden. Darüber hinaus soll den ArbeitgeberInnen die Möglichkeit gegeben werden, Zusatzbeiträge für ihre Beschäftigten zu zahlen, um so höhere Rentenansprüche im Alter und bei Erwerbsminderung zu erzielen. Diese Maßnahmen sind sowohl bei den im Bundestag vertretenen Parteien als auch bei der Deutschen Rentenversicherung weitgehend unstrittig. Aus Sicht der Rentenversicherung sollten sie deshalb umgehend gesetzgeberisch umgesetzt werden; es wäre im Interesse der Betroffenen nicht zu verantworten, eine mögliche Verbesserung der materiellen Absicherung von Menschen mit Erwerbsminderung angesichts des nahenden Bundestagswahlkampfes zu verzögern. Dies hat auch der Sozialbeirat in seinem aktuellen Gutachten in deutlichen Worten eingefordert (vgl. Sozialbeirat 2012).

- 1 Dabei ist zu berücksichtigen, dass Erwerbsminderungsrenten seitens der Rentenversicherungsträger in Altersrenten „umgewandelt“ werden, wenn die Bezieher die Regelaltersgrenze erreichen. Die Anzahl der laufenden Erwerbsminderungsrenten unterzeichnet damit die Gesamtzahl der Renten, die an Menschen gezahlt werden, die aufgrund einer Erwerbsminderung vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden mussten.
- 2 Die Studie wurde vom Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung Bund gefördert.

- 3 Nach der modifizierten OECD Skala erhält die erste Person des Haushalts das Gewicht 1,0, jede weitere Person ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Alle Gewichte werden zu einem Bedarfsgewicht des Haushalts aufsummiert.
- 4 Bei einem geringen Prozentsatz ruht die Rentenzahlung aufgrund eines zu hohen Hinzuverdienstes.
- 5 Der Alterssicherungsbericht berichtet u. a. über Ergebnisse der Studie „Alterssicherung in Deutschland (ASID)“. Diese sind allerdings aufgrund unterschiedlicher Studiendesigns nur bedingt mit der Studie „Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung“ vergleichbar. Zum Beispiel werden die zitierten Ergebnisse des Alterssicherungsberichts nur für Ehepaare und Alleinstehende ausgewiesen, nicht für Personen in Mehrpersonenhaushalten und Alleinlebende.

Bundesministerium der Justiz (BMJ; Hg.), 2000: Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 57, Jahrgang 2000. Bonn: S. 1827-1845.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS; Hg.), 2012a: Lebenslagen in Deutschland. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Stand November 2012).

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS; Hg.), 2012b: Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2012 gemäß § 154 Abs. 2 SGB VI (Alterssicherungsbericht 2012).

Kaldybajewa, Kalamkas, Kruse, Edgar, 2012: Erwerbsminderungsrenten im Spiegel der Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten

zwischen Männern und Frauen. In: RVaktuell 8/2012: S. 206-216.

Korsukéwitz, Christiane, Rehfeld, Uwe, 2008: Rehabilitation und Erwerbsminderungsrenten – aktueller Stand und Entwicklungen. In: RVaktuell 9/2008: S. 274-284.

Korsukéwitz, Christiane, Rehfeld, Uwe, 2009: Rehabilitation und Erwerbsminderung – ein aktueller Überblick. In: RVaktuell 10/2009: S. 335-344.

Märtin, Stefanie, Zollmann, Pia, Buschmann-Steinhage, Rolf, 2012: Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung. Projektbericht I zur Studie. DRV-Schriften Bd. 99.

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2012: Altersarmut: Tendenz steigend: Analysen zu Lebensstandard und Armut im Alter. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 47: S. 1-7.

Rische, Herbert, Kreikebohm, Ralf, 2012: Verbesserung der Absicherung bei Invalidität und mehr Flexibilität beim Übergang in Rente. Denkanstöße aus der Rentenversicherung zu den wichtigsten Themen der aktuellen Reformagenda. In: RVaktuell 1/2012: S. 2-16.

Sozialbeirat, 2012: Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2012 und zum Alterssicherungsbericht 2012 http://www.sozialbeirat.de/files/sozialbeirat_gutachten_zum_rvb_und_asb_2012.pdf

Stefanie Märtin und Pia Zollmann
Deutsche Rentenversicherung Bund
Referat Forschung zu Rehabilitation und Erwerbsminderung
 Tel.: 030 / 865-38824 und -39337
 stefanie.maertin@drv-bund.de
 pia.zollmann@drv-bund.de

Zur substanziellen Bedeutung kleiner (regionaler) Unterschiede

Anmerkungen zum „Glücksatlas 2012“

Im September des vergangenen Jahres wurde der „Glücksatlas 2012“ medienwirksam der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt. Publiziert werden darin die Ergebnisse einer Untersuchung zur Lebenszufriedenheit in Deutschland, die im Auftrag der Deutschen Post durchgeführt wurde. Die Hauptautoren sind Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg, und Klaus-Peter Schöppner, Geschäftsführer von TNS Emnid. Den Band ziert zudem ein Beitrag des Schweizer Ökonomen Bruno S. Frey, der zu den Pionieren der noch jungen „ökonomischen Glücksforschung“ zählt. Dort, wie auch im „Glücksatlas“ steht allerdings nicht das Glück im eigentlichen Sinne im Mittelpunkt, das die Menschen und die Medien seit jeher fasziniert, sondern die profanere Lebenszufriedenheit, die vielfach als ein summarischer Indikator für das subjektive Wohlbefinden verwendet wird.

Unter dem Motto „Wie zufrieden ist Deutschland?“, befasst sich die Untersuchung mit dem aktuellen Niveau und der Entwicklung der Lebenszufriedenheit in Deutschland, stellt die deutschen Resultate in einen europäischen Kontext, sucht die Determinanten der

Lebenszufriedenheit zu bestimmen und legt einen besonderen Schwerpunkt auf regionale Unterschiede, wie man es von einem Atlas nicht anders erwartet. Ergänzend enthält der Band einen von K.-P. Schöppner verfassten abschließenden Teil zur Lebenszufriedenheit

und der Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Lebensverhältnisse in 13 deutschen Städten, der in dieser Form Neuigkeitswert hat. Der Band ist klar gegliedert, sehr professionell gestaltet und auch für ein Publikum jenseits der „Glücksexperten“ gut lesbar. Als zentrale Ergebnisse werden unter anderem die folgenden Befunde präsentiert:

- „Die Lebenszufriedenheit in Deutschland“ bleibt 2012, trotz der Unsicherheiten der Schulden-Krise, mit 7,0 Punkten erstaunlich stabil;
- Der regionale Glücksindex weist auch 2012 ein hohes Maß an Kontinuität auf – wieder führt Hamburg die Rangfolge an. Insgesamt glänzt der Nordwesten Deutschlands mit hohen Zufriedenheitswerten;
- In punkto Lebenszufriedenheit rücken die Ost- und Westdeutschen weiter zusammen. Die „Glückslücke“ zwischen Ost und West ist 2012 so gering wie nie seit der Einheit;
- Die wichtigsten Glücksbringer sind: Gesundheit, Partnerschaft, Freunde;
- Die Glückshemmnisse: Scheidung, Tod des Partners und Arbeitslosigkeit;
- Vertrauen und Lebenszufriedenheit hängen eng zusammen. Wer „Vertrauen zu Mitmenschen“ hat, ist deutlich zufriedener.¹

Während die Mehrzahl dieser Befunde – insbesondere auch die zu den als „Glücksbringer“ und „Glückshemmnisse“ genannten statistischen Korrelate und Determinanten der Zufriedenheit – nicht wirklich neu sind und lediglich die Ergebnisse früherer Studien bestätigen (vgl. u. a. Noll/Weick in ISI 44), gehört die differenzierte regionale Betrachtung zweifellos zu den Alleinstellungsmerkmalen dieser Untersuchung. Detailliert dargestellt und interpretiert werden die Werte eines „Glücksindex“ für 19 Regionen innerhalb Deutschlands – teilweise unterhalb der Ebene von Bundesländern – für die Jahre 2011 und 2012 sowie die Differenzen zwischen den Regionen und Veränderungen über die Zeit. Zudem werden für jede einzelne Region Informationen zu verschiedenen Bereichszufriedenheiten sowie sogenannte „regionale Glücksindikatoren“, wie z. B. Vertrauen, Interesse an Politik, Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Gini-Koeffizient oder touristische Anziehungskraft präsentiert, die herangezogen werden, um regionale Stärken und Schwächen zu identifizieren und die beobachteten Zufriedenheitsunterschiede zwischen den Regionen zu erklären. Ob es sich dabei um „Glücksindikatoren“ handelt wie sie in der Studie bezeichnet werden, sei dahingestellt.

Für angreifbar und diskussionsbedürftig an der vorliegenden Studie, die insgesamt eine Fülle von Ergebnissen liefert – auf die hier nicht im Einzelnen eingegangen werden kann und soll – und durchaus lesenswert ist, halten wir insbesondere die substanzielle Interpretation kleinster empirisch beobachteter Differenzen und Veränderungen nicht nur, aber vor allem im Hinblick auf die im Mittelpunkt dieser Studie stehende Untersuchung regionaler Unterschiede in der Lebenszufriedenheit. So heißt es z. B. im Kapitel „Der Regionenvergleich“:

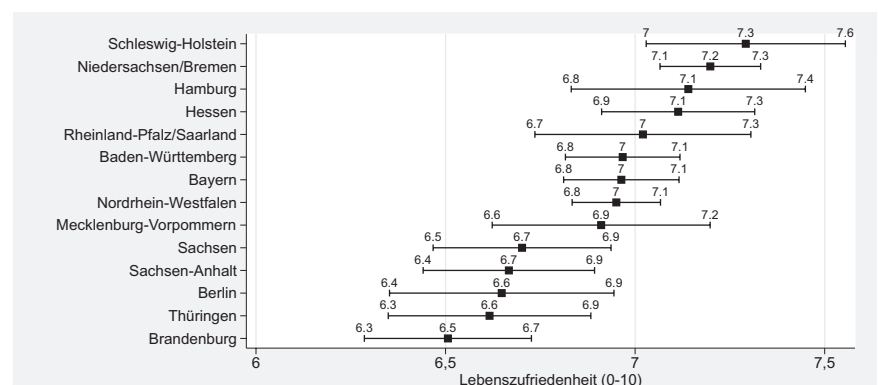
„Der Abstand zwischen der glücklichsten Region Hamburg, und der unzufriedensten Sachsen-Anhalt, beträgt nur noch knapp 0,7 Punkte. 2011 waren es noch rund 0,8. Der Grund liegt in der Aufwärtsdynamik in Ostdeutschland. Insbesondere Sachsen, Thüringen und Brandenburg machten einen Schritt nach vorn“ (S. 156). Mit anderen Worten hat sich die besagte Differenz von 2011 auf 2012 um 0,1 Skalenpunkte verringert. Einer Tabelle (S. 40, 157), in der die Werte eines „Glücksindex“ der Jahre 2011 und 2012 für die unterschiedenen 19 Regionen gegenübergestellt werden, lässt sich entnehmen, dass der Wert zwischen 2011 und 2012 in Sachsen von 6,79 auf 6,82, in Thüringen von 6,45 auf 6,64 und in Brandenburg von 6,56 auf 6,63 gestiegen ist. Handelt es sich dabei wirklich um Veränderungen, die sich substantziell deuten lassen und die mit einer „Aufwärtsdynamik in Ostdeutschland“ zu erklären sind? In ähnlicher Weise werden auch in der zeitpunktbezogenen Querschnittsbetrachtung teilweise minimale Zufriedenheitsunterschiede zwischen den Regionen substanziell gedeutet und weitreichend zu erklären versucht. Leider verzichten die Autoren darauf, dem Leser die Informationen zu liefern, die es erlauben würden, die Bildung des „Glücksindex“ nachzuvollziehen und die statistische Signifikanz der Differenzen zu beurteilen. Handelt es sich bei dem „Glücksindex“ um etwas anderes als die sonst zumeist herangezogene Lebenszufriedenheit, und wenn ja um was? Der Leser kann hier nur rätseln. Informationen über die diesbezüglichen Datengrundlagen sind lediglich einer Anmerkung zu den entsprechenden Tabellen zu entnehmen, in der es heißt: „Die regionalen Indexwerte basieren auf insgesamt 38.091 Beobachtungen, welche in Erhebungen zwischen Januar 2009 und Mai 2012 gewonnen wurden. Abstände von 0,1 und mehr können als tatsächliche Niveauunterschiede interpretiert werden“ (S. 40, 157). Als Quellen werden dort eigene Berechnungen auf der Grundlage des SOEP (2009, 2010) sowie Allensbach-Umfragen der Jahre 2011 und 2012 genannt. Aus der Tabelle 3 (S. 42) erfährt der Leser zudem, dass die SOEP-Erhebung des Jahres 2010 18.791 Fälle umfasst und die beiden Allensbach-Umfragen Fallzahlen von 1857 (2011) und 1608 (2012) verzeichneten. Aber

was heißt hier „38.091 Beobachtungen“, welche Daten und Fallzahlen stehen hinter den für 2011 und 2012 ausgewiesenen Werten des „Glücksindex“, und wie kommen die Autoren zu der Aussage, dass Differenzen von 0,1 und mehr Skalenpunkten tatsächliche Niveauunterschiede und Veränderungen darstellen würden? Uns erscheint diese Behauptung mindestens zweifelhaft, auch wenn sie angesichts der vorenthaltenen Informationen letztlich nicht nachprüfbar ist.

Unsere Zweifel gründen sich auf die Ergebnisse von eigenen Berechnungen der statistischen Fehlerspielräume und Signifikanz von regionalen Differenzen, die sich ergeben, wenn die Lebenszufriedenheit auf der Ebene der deutschen Bundesländer nachgewiesen wird. Den Berechnungen liegen die Daten des SOEP (ohne die Samples D [Zuwanderer 1984-93 in Westdeutschland] und G [Hocheinkommensbezieher] aus dem Jahr 2010 zugrunde (Grafik 1).² Bei insgesamt 15.002 in die Berechnung eingehenden Fällen, bewegt sich die Fallzahl für die einzelnen Bundesländer zwischen 224 (Hamburg) und 3.009 (Nordrhein-Westfalen). Bremen wird wegen einer sehr geringen Fallzahl – ähnlich wie im „Glücksatlas“ – mit Niedersachsen zusammengefasst und das Saarland mit Rheinland-Pfalz, so dass hier lediglich 14 Regionen unterschieden werden gegenüber 19 im „Glücksatlas“. Die ausgewiesenen Konfidenzintervalle fallen damit kleiner aus als es der Fall wäre, wenn die dort verwendete differenziertere regionale Untergliederung hätte zugrundegelegt werden können.³ Für die Berechnungen wurde eine STATA-Routine unter Berücksichtigung komplexer Stichprobendesigns verwendet. Das angelegte Konfidenzniveau beträgt 95%.

Wie aus der Grafik 1 hervorgeht, beträgt der berechnete Fehlerspielraum im günstigsten Fall 0,2 Skalenpunkte (Niedersachsen/Bremen), reicht aber in fünf der vierzehn Regionen bis zu 0,6 Skalenpunkten. Im Vergleich der unterschiedenen westdeutschen Bundesländer/Regionen überlappen sich die errechneten Konfidenzintervalle um die jeweiligen Mittelwerte der Lebenszufriedenheit nur in einem Falle nicht (Schleswig-Holstein/Berlin), wobei Berlin, das weder eindeutig als westdeutsches,

Grafik 1: Lebenszufriedenheit im regionalen Vergleich: Mittelwerte und Konfidenzintervalle



Datenbasis: SOEP 2010 (ohne Samples D und G)

noch als ostdeutsches Bundesland zu betrachten ist, einen Sonderfall darstellt. Im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer/Regionen sind sämtliche berechneten Konfidenzintervalle überlappt. Um zu ermitteln, welche Mittelwertdifferenzen in der Lebenszufriedenheit zwischen den unterschiedenen Bundesländern/Regionen statistisch signifikant sind, wurden in einem weiteren Schritt sämtliche beobachteten Mittelwertdifferenzen zwischen den Bundesländern/Regionen paarweisen t-Tests unterzogen.

Lässt man Berlin aus den genannten Gründen außer Betracht, erweisen sich nur ganz wenige Lebenszufriedenheitsdifferenzen zwischen den westdeutschen Bundesländern/Regionen als statistisch signifikant: In Schleswig-Holstein und in Niedersachsen/Bremen sind die Menschen – aus welchen Gründen auch immer – im Durchschnitt mit ihrem Leben jeweils geringfügig (0,2-0,3 Skalenpunkte) zufriedener als in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Alle anderen beobachteten Differenzen zwischen den westdeutschen Bundesländern/Regionen bewegen sich innerhalb des Zufallsspielraums und sind statistisch nicht signifikant. Hamburg, dessen Bewohner im „Glücksatlas“ als besonders zufrieden und glücklich herausgestellt werden und über dessen Spitzenposition im „Glücksranking“ weitreichende Spekulationen angestellt wurden, unterscheidet sich von keiner der übrigen westdeutschen Regionen in signifikanter Weise. Im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer/Regionen ist nach unseren Berechnungen lediglich der Unterschied in der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg „überzufällig“, d. h. statistisch signifikant.

Was bleibt, ist der seit Beginn der Wiedervereinigung bekannte Ost-West-Unterschied in der Lebenszufriedenheit: Im Vergleich der westdeutschen mit den ostdeutschen Bundesländern/Regionen erweisen sich 28 von 40 Mittelwertdifferenzen in der Lebenszufriedenheit als statistisch signifikant. Wenn es in Deutschland ein bemerkenswertes regionales „Glücksgefälle“ gibt, dann zwischen West und Ost, wobei die regional differenzierte Betrachtung verdeutlicht, dass sich diese Differenz nicht durchgängig über alle Bundesländer/Regionen gleichermaßen zeigt, sondern dass dabei auch einzelne Ausnahmen zu beobachten sind. Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Mecklenburg-Vorpommern unterscheidet sich demnach z. B. lediglich von der in Schleswig-Holstein, die beobachteten Differenzen zu allen anderen Bundesländern/Regionen sind nicht signifikant.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die substanziale Interpretation kleinster empirisch beobachteter Mittelwertdifferenzen, wie z. B. regionale Unterschiede, in der Lebenszufriedenheit höchst problematisch erscheint, sofern nicht wenigstens die statistische Signifikanz der Differenzen in überprüfbarer Weise nachgewiesen wird. Das ist im „Glücksatlas“ leider nicht der Fall.

- 1 Vgl. „Wichtigste Ergebnisse auf einen Blick“; http://www.dp-dhl.com/content/dam/presse/specials/gluecksatlas_2012/gluecksatlas-2012-wichtigste-ergebnisse.pdf; download 21.01.2013)
- 2 Wir danken Tobias Link (ZSi) für die kompetente Unterstützung bei den umfangreichen STATA-Berechnungen. Die im „Glücksatlas“ verwendete differenziertere regionale Gliederung konnte mit den uns vorliegenden Regionalinformationen aus dem SOEP nicht nachvollzogen werden.
- 3 Im „Glücksatlas“ werden die Bundesländer Bayern in Bayern-Süd und Franken untergliedert, Baden-Württemberg in Baden und

Württemberg, Nordrhein-Westfalen in die drei Regionen Nordrhein/Köln, Nordrhein/Düsseldorf und Westfalen. Jenseits der an Bundesländern orientierten Gliederung gibt es zudem die Regionen Niedersachsen/Nordsee und Niedersachsen/Hannover. Detaillierte methodische Angaben zur regionalen Untergliederung werden nicht präsentiert.

■ **Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS**

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245
heinz-herbert.noll@gesis.org
stefan.weick@gesis.org

Egalitär arbeiten – familienzentriert leben: Kein Widerspruch für ostdeutsche Eltern

Analysen zu Erwerbskonstellationen von Eltern in Deutschland

Die Entscheidung über die Arbeitsteilung in einer Partnerschaft mit Kindern wird von den jeweiligen Partnern innerhalb eines familien- und sozialpolitisch vorgezeichneten Rahmens, einer spezifischen Infrastruktur (z. B. Möglichkeiten der Kinderbetreuung) und in einem historisch gewachsenen kulturellen Klima (z. B. Männlichkeits-/Weiblichkeits-/Familienleitbilder) getroffen. Diese Rahmung durch strukturelle Faktoren und gesellschaftliche Leitbilder beeinflusst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ebenso wie sie Einfluss auf den Familienalltag und das Wohlbefinden in der jeweiligen Lebenssituation haben kann. Ein Beispiel par excellence für den Einfluss gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auf die Erwerbsbeteiligung von Eltern ist Deutschland. Als Ende der 1980er Jahre die Mauer fiel, trafen mit ‚BRD‘ und ‚DDR‘ zwei Gesellschaften mit sehr unterschiedlichen familienpolitischen Ausrichtungen aufeinander. Im Prozess der Wiedervereinigung wurde das westdeutsche sozial- und familienpolitische System auf Ostdeutschland übertragen. Der vorliegende Beitrag geht den Fragen nach, wie sich die Erwerbsmuster von Eltern in Ost und West in den letzten zwei Dekaden entwickelt haben und wie sich das Wohlbefinden von Müttern und Vätern in Hinblick auf Arbeitsteilung und Familie in den beiden Regionen Deutschlands heute darstellt.

In Westdeutschland war die Familienpolitik noch Anfang der 1990er Jahre stark am Modell des männlichen Alleinernährers ausgerichtet. Auch wenn mit der Abschaffung der „Hausfrauenehe“ als gesetzlich fixiertem Leitbild in den 1970er Jahren und den ersten Regelungen des Elternurlaubs und Erziehungsgeldes in den 1980er Jahren mehr Gleichberechtigung signalisiert wurde, wurden tradierte Rollenmuster fortgeschrieben. Die Betreuung von Kindern wurde der Familie und hier vor allem der Mutter zugeschrieben, eine gleichzeitige Realisierung von Familientätigkeit und Erwerbsarbeit wurde von weiten Teilen der Gesellschaft als problematisch wahrgenommen. Als Leitbild der weiblichen Erwerbstätigkeit galt die sequentielle Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Sinne des Drei-Phasen-Modells. Erst seit der Jahrtausendwende deutet sich mit der Einführung von Elternzeit (2001), Elterngeld und Vätermoaten (2007) eine grundlegende Umorientierung an. Nach wie

vor wird in Deutschland jedoch das tradierte Leitbild der Versorgerehe mit dem Mann als Alleinernährer durch Anreize in der Steuer- und Sozialpolitik begünstigt (Träger 2009). Ganz anders stellte sich die Situation in der DDR Ende der 1980er Jahre dar. Die volle Integration von Frauen in das Erwerbsleben war ein explizites gesellschaftspolitisches Ziel, wurde normativ für selbstverständlich erachtet und auf verschiedenen Ebenen institutionell gefördert. Unabhängig vom Alter der Kinder war die im Lebensverlauf kontinuierliche Vollzeitstätigkeit von Müttern der gesellschaftliche Regelfall, unterstützt durch ein flächendeckendes öffentliches Ganztagsangebot der Kinderbetreuung. Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurden die in Westdeutschland geltenden sozial- und familienpolitischen Prinzipien im Wesentlichen auf Ostdeutschland übertragen und damit zu den gesamtdeutschen Randbedingungen, wie auch die westdeutsche Normenwelt – von